

Volksstimme

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanstra. 4. — Telefon Nr. 1294
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien
je mm 0,12 Zloty für die achteckige Zeile,
außerhalb 0,15 Zloty. Anzeigen unter Text 0,60 Zloty,
von außerhalb 0,80 Zloty. Bei Wiederholungen
tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 5. cr
1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl.
Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz,
Seatestraße 29, durch die Filiale Königshütte
Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Seatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto V. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Durch Verständigung zum Frieden

Deutschlands außenpolitische Ziele — Das ganze Volk hinter der Reichsregierung — Für Abrüstung und Gleichberechtigung

Berlin. Nach der Rede des Reichsanzlers wurde folgender Antrag, der von den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei eingebracht war, einstimmig angenommen:
Der Deutsche Reichstag als die Vertretung des deutschen Volkes billigt die Erklärung der Reichsregierung und stellt sich in dieser für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsfrage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung.
Auch die Sozialdemokraten stimmten für diesen Antrag. Nach dem Gesang des Deutschlandliedes und des Horst-Wessel-Liedes vertagte sich dann der Reichstag.

Die Rede Hitlers

Berlin. Die bedeutende Reichstagsführung wurde am Mittwoch nachmittag 15 Uhr durch den Reichstagspräsidenten Minister Göring eröffnet, der in einer kurzen Ansprache auf diese außerordentlich wichtige und entscheidungsvolle Stunde hinwies und dann dem Reichsanzler Adolf Hitler das Wort erteilte.
Der Reichsanzler führte aus: Abgeordnete, Männer und Frauen des Deutschen Reichstages! Wenn ich dem Wunsche Ausdruck gebe, die Behandlung der jetzt die Welt bewegenden Fragen der Sphäre der Leidenschaftlichkeit zu entziehen, dann geschieht es in der Erkenntnis, daß die Krise ihren tiefsten Ursprung selbst jenen Leidenschaften zu verdanken hat, die nach dem Kriege die Einsicht und die Klugheit der Völker verbunkelt haben.
Es ist der tiefste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unfriedliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern. Da ist auch der innere Sinn der in Deutschland vollzogenen Umwälzung. Der Kanzler hob die Gesichtspunkte hervor, die unsere Revolution beherrschen und in keiner Weise den Interessen der übrigen Welt widersprechen. Als Nationalsozialist unterstreicht er das besondere tiefe Verständnis für die begründeten Lebensansprüche auch der anderen Völker. Wir können auch nicht den Begriff des Germanisierens, Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarn und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte. Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrag von Versailles diese Realitäten auch in Bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären. Eine überlegte Verhandlung der europäischen Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können.
die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre. Das Recht aber, eine Revision dieses Vertrages zu fordern, liegt im Vertrage selbst begründet.
Wenn Deutschland seit Jahren die Abrüstung aller fordert, so aus folgenden Gründen:
1. Die Forderung nach Gleichberechtigung ist eine Forderung der Moral, des Rechts und der Vernunft.
2. Umgekehrt läßt sich die Disqualifizierung eines großen Volkes geschichtlich nicht ewig aufrecht erhalten.
Deutschland hat abergerüstet und Deutschland hat die Abrüstung unter schärfster internationaler Kontrolle vollzogen.
Die Deutschland im Dezember zugestandene Gleichberechtigung ist bisher nicht verwirklicht. Gegenüber Frankreichs Sicherheitslehre darf ich zwei Fragen erheben:
1. Deutschland hat bisher alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen. Welches sind die konkreten Sicherungen, die von Deutschland noch übernommen werden können?
2. Welche Sicherungen hat demgegenüber Deutschland?
Gegenüber der deutschen Entwaffnung machte hier der Reichsanzler eine nicht minder eindrucksvolle Gegenrechnung der ungeheuren quantitativen und qualitativen Rüstungen der deutschen Nachbarn aus. Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind. Die deutsche Regierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Fragen.
Sie muß aber verlangen, daß ihr nicht die Zerkürung einer vorhandenen Wehrerleichterung aufgezwungen wird, ohne die Zubilligung einer mindestens qualitativen Gleichberechtigung.
Dabei erklärt sich Deutschland damit einverstanden, eine Uebergangsperiode von 5 Jahren für die Herstellung seiner nationalen Sicherheit anzunehmen, in der Erwartung, daß nach dieser Zeit die wirkliche Gleichstellung Deutschlands erfolgt. Hitler fordert ferner als ein Gebot der Ge-

rechtigkeit die Einrechnung auch der jährigen Streitkräfte als Bestandteil des französischen Heeres. Deutschland würde sich auch jederzeit bereit erklären, im Falle der Schaffung einer allgemeinen internationalen Kontrolle bei gleicher Bereitwilligkeit der anderen Staaten die Verbände dieser Kontrolle mit zu unterstellen.

Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelt verpflichtet die deutsche Regierung zu warmem Danke. Sie ist bereit, dieser Methode zur Behebung der internationalen Krise zuzustimmen, denn auch sie ist der Auffassung, daß ohne die Lösung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist. Sie ist ebenso überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann: Den Frieden der Welt zu sichern.

Die einzige Nation, die mit Recht eine Invasion fürchten könnte, ist die deutsche, der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beschneidete und die Anlage von Grenzbefestigungen untersagte. Deutschland würde die in dem Hoover-Vorschlag angedeutete Möglichkeit begrüßen.

die Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in die europäischen Verhältnisse einzubeziehen. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk werde sich aber unter keinen Umständen zu irgend einer Unterschrift nötigen lassen, die eine Verminderung der Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde.

Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral vorgeht, aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von uns selbst durch eine Unterschneidung Rechtsgültigkeit erhalten könnte. Wenn in Zeitungsartikeln und in bedauerlichen Reden versucht wird, Deutschland Sanktionen anzuhängen, so könnte ein solches ungeheuerliches Verfahren nur die Strafe dafür sein, daß wir durch die Forderung nach Abrüstung die Erfüllung der Verträge verlangen.

Ein solcher Vorhang könnte nur zur endgültigen moralischen und tatsächlichen Aukertraktierung der Verträge selbst führen.

Deutschland würde aber auch in dem Falle seine friedlichen Forderungen niemals aufgeben. Jeder Versuch, einer Vergewaltigung Deutschlands auf dem Wege einer einfachen Majorisierung gegen den klaren Sinn der Verträge könnte

nur durch die Absicht diktiert sein, uns von den Konferenzen zu entfernen. Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwer fallen, noch weiterhin dem Völkerbund anzugehören.

Der Reichsanzler kennzeichnete zum Schluß noch einmal und vor aller Welt den unsehrnen Leidensweg der deutschen Nation. Wenn uns von der übrigen Welt vorgehalten wird, daß man dem früheren Deutschlands sehr wohl gewisse Sympathien entgegengebracht hätte, so haben wir die Folgen u. Auswirkungen dieser „Sympathien“ in Deutschland und für Deutschland jedenfalls kennen gelernt: Millionen zerstörter Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert, eine Armee von Arbeitslosen — Seit dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages, der als „Friedenswerk“ der Grundstein einer neueren und besseren Zeit für alle sein sollte, haben sich in unserem deutschen Volk fast nur aus Not und Elend 224 900 Menschen mit freiem Willen das Leben genommen, Männer und Frauen, Greise und Kinder! Müßen die anderen Nationen aber den unerschütterlichen Willen Deutschlands verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen endlich abzuschließen, um den Weg zu finden zu einer endlichen Verständigung aller auf dem Boden gleicher Rechte!

Polen will Taten sehen

Warschau. Die Rede des Reichsanzlers Hitler hat hier, soweit in politischen Kreisen festzustellen möglich war, großen Eindruck hervorgerufen und wie von maßgeblicher Seite verlautbar wird, auch eine positive Einstellung ausgelöst. Besonders sympathisch werden die Erklärungen des Reichsanzlers über die Bereitschaft zum Frieden und hinsichtlich der Achtung fremder nationaler Eigenarten empfunden. Allerdings meldet sich auch gleich der hier zu Lande reichlich genährte Skeptizismus und so wird auch die Erwartung zum Ausdruck gebracht, „diesen Worten möge auch die Tat folgen“. Besonders starken Eindruck hat die Erklärung des Reichsanzlers über die Möglichkeit eines Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund gemacht. Man sieht diese Erklärung als höchstbedeutsame Drohung an, die, wenn sie Wirklichkeit werden sollte, unabsehbare Folgen nach sich ziehen müßte.

Weiter Erfüllungspolitik

Vierzehn Jahre lang haben angeblich die Marxisten durch ihr Nachgeben und ihre Erfüllungspolitik verhindert, daß Deutschlands Weltgeltung voll zum Ausdruck kam. Man konnte nun gespannt sein, wie sich die „nationale Konzentration“ in Deutschland in der Außenpolitik bewegen werde und welche Ziele sie sich stellt. Für Kenner innerpolitischer Verhältnisse des „Dritten Reiches“ ist die Rückkehr Hitlers und seiner Bundesgenossen zur restlosen Erfüllungspolitik nicht weiter überraschend, und die Herren im Auswärtigen Amt haben sich wieder einmal als viel erfolgreicher erwiesen, als alle nationalen Phrasenre, die in den letzten Tagen soviel von der endgültigen nationalen Befreiung, von den Fesseln von Versailles, gefaselt haben. Das Ausland kann mit der deutschen Regierungserklärung in jeder Beziehung zufrieden sein, sie unterscheidet sich in nichts von allen Erklärungen früherer deutscher Regierungen, die aus dem Zwangsring des Versailler Vertrages herauswollten und durch die Erfüllungspolitik zweifellos ein Stück vorwärts gekommen sind. Die mit großer Spannung im In- und Ausland erwartete außenpolitische Rede des Reichsanzlers brachte nichts Neues, nicht einmal eine so entscheidende Abwehr aller Angriffe, wie sie seinerzeit Hermann Müller in Genf abgewehrt hat. Und ohne der Kanzler des „Dritten Reiches“ am Ruder war, hat zum Beispiel der Kongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Wien viel eindringlicher die Forderungen unterstrichen, die jetzt „Gemeingut“ der nationalsozialistischen Partei sein sollen. In der Revision der Friedensverträge, in der Beseitigung der Reparationen und, vor allem, in der Degradierung Deutschlands, haben die Sozialisten immer die Keime einer Kriegsgefahr und dauernden Beunruhigung Europas, daß sie eben eine Neuregelung der Verhältnisse forderten und schon an der Vierländertagung der Sozialisten im Jahre 1920, wurden die Forderungen erhoben, die jetzt erst das große Ziel der nationalsozialistischen Außenpolitik sein sollen. Hier bewährt sich also gerade in seiner ganzen Vollgültigkeit die Marx'sche Geschichtsauffassung, also der Marxismus, daß die Verhältnisse die Menschen gestalten. Unter der Last des Unheils, welches der deutsche Faschismus in wenigen Monaten in der Welt angerichtet hat, zieht er sich zur bedingungslosen Friedenspolitik zurück, wie sie die deutschen Erfüllungspolitik während vierzehn Jahren auch getrieben haben.

Wer irgend welche originelle Thesen in der Erklärung des deutschen Reichsanzlers sucht, der wird vergeblich eine Forschungsreise ins Außenpolitische des Nationalsozialismus unternehmen, im Gegenteil, es ist Wort um Wort eine Ablehnung dieses Programms, welches doch Deutschlands Zukunft im Osten sucht, jetzt aber auf bedingungslose Innehaltung der Verträge plädiert, mit dem kleinen Vorbehalt, daß Ungerechtigkeiten, Fehlerlichkeiten ausgemerzt werden müssen, aber das ist keine neue Forderung, sondern der Friedensvertrag steht sie selbst vor. In tausenden Leitartikeln ist fast täglich in der deutschen Presse wiederholt wor-



Neuer englischer Botschafter in Berlin
Sir Eric Phipps, bisher englischer Gesandter in Wien, übernimmt den Berliner Botschafterposten

den, daß Deutschland nichts anderes will, als sich Lebensbedingungen zu schaffen, daß es seine Existenz bestreiten kann und daß es als gleichberechtigt unter allen Nationen erscheinen will. Aus diesem Grunde konnte jede Reichstagspartei, also auch die Sozialdemokratie, die Erklärung des Reichskanzlers billigen, denn dies wünscht das ganze deutsche Volk. Durch vernünftige Regelung seiner Beziehungen zum Ausland, durch die Gewährung der gleichen Sicherheit, wie sie alle anderen Staaten besitzen, durch einen gemeinsamen Wirtschaftsaufbau zum Frieden, — das waren die Ziele der Erfüllungspolitik, der Reichskanzler Hitler kam wieder zu diesem Standort zurück, — der vierzehn Jahre hindurch getrieben wurde und von dem noch vor einigen Tagen behauptet wurde, daß er Deutschland zugrunde gerichtet habe. Zu wünschen war nur, daß manche Sätze der Rede, die sich gegen Gewalt aussprechen und für die Vernunft als Grundgesetz einer würdigen Politik eintreten, nicht nur Exportartikel als Friedensschalmeien bleiben, sondern zumindest auch in Deutschland selbst den eigenen Volksgenossen gegenüber angewendet werden. Das ist der Grundgedanke der Gleichberechtigung, nicht nur für die Völker, sondern jedem Menschen gegenüber.

Es dürfte wohl in der ganzen Welt keinen Friedensfreund geben, der die Sätze nicht unterstreichen könnte, die der Reichskanzler, bezüglich der Abrüstung, gesagt hat. Es liegt an den Nachbarn Deutschlands, abzurufen, die Friedensverträge in dem Maße, bezüglich der Abrüstung, zu erfüllen, wie man sie bei Deutschland durch die Kontrollkommission durchgeführt hat. Darin liegt ja der große Gegensatz, daß die Sieger und Nutznießer der Friedensverträge immer und immer weiter gerüstet haben, aber bei Deutschland nichts anderes, als eine geheime Aufrüstung sehen wollten. Es ist bezeichnend für die Rede des Reichskanzlers, daß er in seiner außenpolitischen Erklärung ganz von dem Artikel des Außenministers und dessen Forderungen zur Aufrüstung abriekt und sich nur darauf beschränkt, zu sagen, daß Deutschland aufrüsten, also seine Sicherheit, gewährleisten müsse, wenn die anderen jetzt nicht aufrüsten. Es liegt also in Genf an den Verhandlungspartnern, zu zeigen, ob sie wirklich selbst aufrüsten wollen. Und darum muß es mit Genugtuung unterstrichen werden, daß sich Deutschland bedingungslos zur Vorkriegsposition bekennt, daß es hier die Plattform sieht, auf welcher weiter gehandelt werden muß, wenn wirklich Frieden werden soll. Aber darüber hinaus steht Deutschland wiederum, ohne besondere Wünsche, auf dem Standpunkt des englischen Abrüstungsvorschlags und weiterhin für den Viermächtepakt, der noch vor Wochen als eine große Friedensaktion gepriesen wurde, um den europäischen Frieden zu sichern. Wenn nun ein Land alle diese Fragen zur Friedenssicherung bedingungslos für sich als Grundlage annimmt und nun sehen muß, daß die anderen Ausfühler suchen, um einen Schuldigen zu finden, um ihre Fehler selbst zu vertuschen, ihr Nichtwollen der Abrüstung zu maskieren, so erscheint es nur selbstverständlich, wenn der Vorkriegsstand nun aber Schluß, in dieser Gemeinschaft haben wir nichts zu suchen, die in Genf eben diese Abrüstungen laboriert. Die Erfahrungen mit dem Völkerbund sind wirklich nicht derartig, daß ein Verbleiben Deutschlands etwas an den Vollstreckungen der Siegermächte ändern kann. Aber auch hier liegt ja jetzt die Entscheidung bei den anderen. In diesem Teil seiner Rede hat also der Reichskanzler das ganze deutsche Volk hinter sich.

Eine andere Frage ist es allerdings, wie die Rede im Ausland gewertet wird. Hier wird das Urteil ganz vom Standort des Gegners Deutschlands betrachtet und die sind leider heute in der Mehrzahl, nicht zuletzt durch eigene Schuld, die heutigen Machthaber. Aber wenn man wirklich ernsthaft zum Frieden, zur europäischen Entspannung will, so bietet die Rede des Reichskanzlers genügend Spielraum, um mit allen Voraussetzungen zum Neuaufbau der Welt, zur Abrüstung und damit zum Frieden zu kommen. Die Entscheidung liegt jetzt bei den anderen, die mit Sehnsucht die deutsche Erklärung erwarten haben und wahrscheinlich jetzt wegen ihres durch und durch auf dem Boden der Erfüllungspolitik stehenden Grundgesetzes, mehr als enttäuscht worden, weil ihnen die schönsten Angriffsflächen fortgezogen sind.

Neues japanisches Ultimatum

Schanghai. Wie hier verlautet, hat der japanische Kriegsminister die Befehlshaber der japanischen Flotte vor Tientsin angewiesen, der Stadt ein neues Ultimatum zu überreichen und zu verlangen, daß die chinesischen Behörden innerhalb von 24 Stunden räumen sollen, sonst würden die Japaner Tientsin besetzen.



Dr. Schacht in Washington

Bei der Ankunft auf dem Unionbahnhof in Washington: Halblinks Reichsbankpräsident Dr. Schacht, halbrechts der deutsche Botschafter in USA, Dr. Luther, ganz rechts Oberst Wilb, der Adjutant des Präsidenten Roosevelt. — Nicht nur für die deutsche Finanzwirtschaft, sondern wohl für die gesamte Weltwirtschaft kam dem Besuch des Reichsbankpräsidenten bei dem amerikanischen Staatsoberhaupt größte Bedeutung zu. Das Ergebnis der Besprechung war eine Erklärung über die gemeinsamen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der beiden Länder und aller an der Weltwirtschaft interessierten Länder überhaupt.

Echo zur Reichskanzlerrede

Der Eindruck in Paris

Paris. In Pariser politischen Kreisen wird die Reichstagsrede des Reichskanzlers als Tagesereignis besprochen. Allgemein hört man anerkennende Äußerungen über die geschickte Fassung und die Erklärung als politische Leistung. In französischen Kreisen wird ferner zugegeben, daß Hitler mit Mäßigung selbst über den Versailler Vertrag und über das Abrüstungsproblem gesprochen hat.

Im übrigen wartet man mit Spannung auf den Wiederhall, den die Erklärung des Reichskanzlers in England und Amerika hervorgerufen hat, rechnet aber schon jetzt mit einer günstigen Aufnahme, so daß zusammenfassend gesagt werden kann, daß in Paris der Eindruck einer Entspannung vorliegt. Die Sozialisten bleiben bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung Deutschlands.

Paris. Das lebhafteste Interesse, mit dem die französische Öffentlichkeit die Erklärungen Hitlers im Reichstag erwartet hat, kommt in den Stimmungsbildern der Berliner Vertreter der Pariser Presse deutlich zum Ausdruck. Die Abendblätter veröffentlichen ohne Ausnahme Auszüge aus der Rede, enthalten sich zunächst jeglicher Stellungnahme. In Fettdruck wird die Tatsache hervorgehoben, daß die Entschließung vom Reichstag einstimmig angenommen wurde. In politischen Kreisen betont man, daß die Ausführungen Adolf Hitlers sowohl der Form wie dem Inhalt nach gemäßigter und wirkungsvoller sind.

England und die Hitler-Rede

London. Ganz England hat mit ungeheurer Spannung die Rede Hitlers im Reichstage erwartet, die in den Zeitungen groß angekündigt war. Tausende von Rundfunkhörern haben, soweit sie der deutschen Sprache mächtig waren, die Rede des Reichskanzlers angehört. Soweit sich nach dem ersten flüchtigen Eindruck sagen läßt, hat der sachliche Ton auf die Zuhörer einen starken Eindruck gemacht. Viele hatten nach den entstellenden Beschreibungen der Presse und nach Äußerungen führender Persönlichkeiten, wie Sir Austin Chamberlain, über Deutschland eine „militärische“ Rede mit Säbelraseln und Kriegsklam erwartet. Die Presse spricht von der sensationellen Rede Hitlers und bringt besonders den Teil der Rede gut heraus, in dem Hitler den klaren Friedenswillen Deutschlands unterstreicht, was schon viel zur Beruhigung der Gemüter beigetragen hat, die in den letzten Tagen fest glauben, daß Deutschland den Krieg wolle.

Guter Eindruck der Kanzlerrede in Amerika

New York. Die Beamten des Staatsdepartements Washington haben am Radio die Rede des deutschen Kanzlers mit großer Spannung angehört. Die Uebertragung der

Rede nach Amerika war eine sehr gute. Von Dolmetschern wurde die Hitlerrede für die nicht deutsch sprechenden Beamten sofort überlebt. Der erste Eindruck, den Amerika empfangen hat, war wegen der verständlichen Tonart und der Annahme des Roosevelt-Vorschlages ein guter.



Das Kind in USA., das gegen 300 000 Mt. Lösegeld zurückgegeben wurde

Die kleine Margaret MacMath nach ihrer Freilassung aus den Händen der Entführung mit ihren Eltern. — Das kürzlich entführte Töchterchen des amerikanischen Multimillionärs Neil MacMath aus Harwich (Massachusetts) ist seinen Eltern zurückgegeben worden, nachdem diese 80 000 Dollars für die Entführer hinterlegt hatten. Obwohl die gesamte Polizei von Massachusetts aufgeboten worden war, war es nicht möglich, der Entführer habhaft zu werden. Das Entsetzen über das verbrecherische Bandentreiben, das nach der Entführung des Lindbergh-Babys USA. befiel, hat sich unter dem Eindruck des Falles Math begreiflicherweise noch beträchtlich verstärkt.

Deutschland und England

Eine Erklärung Macdonalds — Deutschland, die Rooseveltbotschaft und die Weltwirtschaftskonferenz

London. Ministerpräsident Macdonald gab auf einem Essen der Pilgrim-Gesellschaft in London eine Erklärung über Deutschland ab, in der es u. a. heißt: Ich erkläre es für un wahr, daß wir uns in die rein innere Verwaltung Deutschlands einmischen wollen. Allerdings kann die innere Verwaltung das Vertrauen ablehnen, oder von einer Hilfe abgeneigt machen. Dies bedeutet aber nicht, daß irgend eine Einmischung von außen eintreten soll. Wir müssen auf Reden hören und auf Handlungen achten. Wenn jedoch jemand einen Revolver auf mich richtet und abzieht, dann kann seine Absicht die friedlichste und christlichste sein; was mich betrifft hängt das Ergebnis nicht von seinen guten Absichten, sondern von seinen tatsächlichen Handlungen ab und wir können gegenüber dieser Lage nicht indifferent sein. Der Friede Europas ist der Friede der Welt.

Im übrigen begrüßte Macdonald die Botschaft Roosevelts und erklärte, daß man heimlich von einer geschichtlichen Bedeutung dieser Erklärung sprechen könne. Von nun an werde

Amerika, wie es selbst erklärt habe, keiner Sache mehr feind gegenüber stehen, die den Frieden der Welt betreffe. Der Hauptpunkt der englischen Politik seien die aktiven auf Zusammenarbeit aufgebauten Beziehungen zu Amerika in allen Dingen des Friedens, des menschlichen Fortschritts und der Weltwohlfahrt.

Zur Weltwirtschaftskonferenz sagte Macdonald, er hoffe, mit Frankreich, Italien und Deutschland und den anderen Mächten die Konferenz zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Es sei befriedigend, daß England auf die Mitarbeit Frankreichs und Italiens und den un schätzbaren Einfluß Amerikas rechnen könne, um die Mißbilligung jeder Politik zu erzielen, die den Frieden Europas bedrohen könne.

Der französisch-russische Nichtangriffspakt

Paris. Die französische Kammer beschäftigte sich am Dienstag in ihrer ersten Sitzung nach Ostern mit dem französisch-russischen Nichtangriffspakt. Die Regierung hat es bekanntlich nicht für notwendig gehalten, die Ratifizierung der Kammer zu unterbreiten, sondern hat den Austausch der Ratifizierungsurkunden bereits vorgenommen.

Der Berichterstatter Torres erklärte, durch den Nichtangriffspakt seien etwaige Geheimklauseln des Kapallo-Vertrages zwischen Deutschland und Rußland hinfällig geworden. Er forderte ferner die Auflösung der russischen weißgardistischen Militärorganisationen in Frankreich und trat für den baldigen Abschluß eines russisch-rumänischen Nichtangriffsvertrages ein, der sich auch auf die ganze kleine Entente ausdehnen könnte. Er griff schließlich die deutsche Regierung an und wies darauf hin, daß die Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages mit der Sowjetunion in Deutschland als ein Sieg der französischen Diplomatie bewertet worden sei.

Mandatsniederlegung sozialdemokratischer Staatsratsmitglieder

Berlin. Im preussischen Staatsrat hat das sozialdemokratische Fraktionsmitglied Schred-Bielefeld, der dem Staatsrat als ordentliches Mitglied angehört, sein Mandat niedergelegt. Ferner haben zwei weitere Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, Wukly-Berlin und Frau Anna Schob-Halle, die stellvertretende Staatsratsmitglieder waren, auf ihr Mandat verzichtet.

Gleichhaltung der Konsumgenossenschaften

Berlin. Der Reichsverband deutscher Konsumvereine, Köln und die Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, haben sich bedingungslos dem Führer der deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, unterstellt. Sie sollen zu einem Reichsverband vereinigt werden.

